

Deutschland-Mainz: IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung
OJ S 144/2023 28/07/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Port Sol 19 GmbH
Postanschrift: Lortzingstraße 2
Ort: Mainz
NUTS-Code: DEB35 Mainz, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 55127
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): TCI Partnerschaft von Rechtsanwälten Müller Schmidt mbB
E-Mail: vergabe@tcilaw.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.portsol19.de/>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y0U6745/documents>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y0U6745>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Tochterunternehmen der Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewerbe (BGN) und der Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft (BG BAU)

I.5. Haupttätigkeit(en)

Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Rahmenvertrag technische Betreuung und Weiterentwicklung/Erstellung von Webseiten und Software
Referenznummer der Bekanntmachung: Port Sol 19 GmbH - EU 9/2023

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Auftragsgegenstand ist die Erbringung von Pflege- und Entwicklungsleistungen für Webseiten /Anwendungen in einer Java-Entwicklungsumgebung. Hierzu wird in diesem Vergabeverfahren ein Rahmenvertrag ausgeschrieben, unter dem der Auftraggeber dann nach Zuschlagserteilung Leistungsabrufe in Form von Einzelaufträgen erteilen wird.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEB35 Mainz, Kreisfreie Stadt

Hauptort der Ausführung: Port Sol 19 GmbH Lortzingstraße 2 55127 Mainz

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Auftragsgegenstand ist die Erbringung von Pflege- und Entwicklungsleistungen für Webseiten /Anwendungen in einer Java-Entwicklungsumgebung. Hierzu wird in diesem Vergabeverfahren ein Rahmenvertrag ausgeschrieben, unter dem der Auftraggeber dann nach Zuschlagserteilung Leistungsabrufe in Form von Einzelaufträgen erteilen wird. Vertragsbeginn des Rahmenvertrages ist der 23. November 2023. Die Dauer des Rahmenvertrages beträgt zwei Jahre. Während des Rahmenvertrages erteilte Einzelaufträge sind auch nach Ablauf des Rahmvertrages durch den Auftragnehmer zu den Bedingungen des Rahmenvertrages bis zur vollständigen Leistungserbringung unter dem jeweiligen Einzelauftrag zu Ende zu bringen.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 1 500 000,00 EUR

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 24

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Der Vertrag kann durch einseitige Erklärung des Auftraggebers zweimal um jeweils ein Jahr verlängert werden.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

E-1.1 - Eigenerklärung der Bietergemeinschaft (nur für Bietergemeinschaften)

E-1.2 - Unternehmensbeschreibung

E-1.3 - Handelsregisterauszug (nicht älter als 6 Monate)

E-1.4 - Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123,124 GWB, 22 LkSG

E-1.5 - Liste der für Eignungsleihe herangezogenen Dritten (nur bei Inanspruchnahme einer Eignungsleihe)

E-1.6 - Verpflichtungserklärung des Dritten für den Fall der Eignungsleihe (nur bei Inanspruchnahme einer Eignungsleihe)

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

E-1.5 - Liste der für Eignungsleihe herangezogenen Dritten (nur bei Inanspruchnahme einer Eignungsleihe)

E-1.6 - Verpflichtungserklärung des Dritten für den Fall der Eignungsleihe (nur bei Inanspruchnahme einer Eignungsleihe)

E-1.7 - Vorlage einer aktuellen, allgemeinen Bankauskunft, bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (nicht älter als 6 Monate)

E-1.8 - Eigenerklärung zur Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung (Deckungssumme jeweils mindestens 4 Mio. Euro für Personen- und Sachschäden sowie mindestens 1 Mio. Euro für Vermögensschäden je Schadensfall)

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

E-1.9 - Drei Referenzen für in Bezug auf den Auftragsgegenstand (Bearbeitung/Entwicklung von Webseiten unter Verwendung von Software in Java-Entwicklungsumgebung) seit 2020 durchgeführte Aufträge (Umfang des Auftrags mindestens 100 PT Entwicklungsleistungen). Im Rahmen der Aufträge müssen die Rollen Softwarearchitekt, Entwickler und Tester abgedeckt worden sein.

E-1.10 - Zwei Referenzen für seit 2020 für öffentliche Auftraggeber im Sinne des § 99 GWB durchgeführte Aufträge (Umfang des Auftrags mindestens 100 PT Entwicklungsleistungen) zur Bearbeitung/Entwicklung von Webseiten

E-1.11 - Mindestens eine der Referenzen aus E.1-10 muss einen Bezug zum Online-Zugangsgesetz haben (z.B. Anbindung an öffentliche Nutzerkonten)

E-1.12 - Eine (1) Referenz für seit 2020 für öffentliche Auftraggeber (im Sinne des § 99 GWB) aus dem Bereich der gesetzlichen Sozialversicherungen durchgeführte Aufträge (Umfang des Auftrags mindestens 100 PT Entwicklungsleistungen) zur Bearbeitung/Entwicklung von Webseiten

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

E-1.13 - Eigenerklärung zur Verschwiegenheit und zum Datenschutz

E-1.14 - Eigenerklärung zu Tariftreue, Mindestentlohnung und Sozialversicherungsbeiträgen

E-1.15 - Eigenerklärung zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen

E-1.16 - Eigenerklärung zur Einhaltung der Sanktionen

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung
Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 28/08/2023 Ortszeit: 23:59

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 29/08/2023 Ortszeit: 09:00

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Bekanntmachungs-ID: CXP4Y0U6745

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Die Vergabekammern des Bundes

Postanschrift: Villemombler Straße 76

Ort: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 2289499-0

Fax: +49 2289499-163

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Bieter haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieterschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem Auftraggeber. Erkennt ein am Auftrag interessiertes Unternehmen eine Verletzung seiner Rechte durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften, ist der Verstoß innerhalb von 10 Kalendertagen gegenüber der Vergabestelle zu rügen (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)).

Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber der Vergabestelle gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB).

Verstöße, die aufgrund der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen ebenfalls bis zum Ablauf der Angebotsfrist gegenüber der Vergabestelle gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB). Teilt die Vergabestelle dem Bieter mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, so kann der Bieter nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang dieser Rügeerwiderung einen Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer stellen (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 Abs. 1 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage (bzw. bei elektronischer Übermittlung 10 Kalendertage) nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden. Diese Frist beginnt am Tag nach Absendung der Information durch die Vergabestelle.

Die Unwirksamkeit gem. § 135 Abs. 1 GWB kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

24/07/2023